

## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

in dieser Woche haben wir uns in erster Lesung mit dem Haushalt für das kommende Jahr beschäftigt, der einen Umfang von 356,8 Milliarden Euro hat. Dabei wollen wir daran festhalten, keine neuen Schulden zu machen, wie wir das seit 2014 erfolgreich praktizieren. Erstmals seit 2002 wird zudem die Schuldenstandsgrenze des Maastrichter Vertrages von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes unterschritten. Mehr Geld geben wir vor allem für das Baukindergeld, den sozialen Wohnungsbau, steuerliche Entlastungen für Familien sowie

die Erhöhung des Verteidigungsetats aus.

Der Etat des Familienministeriums beläuft sich auf 10,3 Milliarden Euro, was eine Anhebung um rund 79 Millionen Euro bedeutet. Der Löwenanteil von 6,8 Milliarden Euro entfällt dabei auf das Elterngeld, das damit zu einem der erfolgreichsten Instrumente unserer Familienpolitik geworden ist.

Inzwischen entscheidet sich bereits jeder dritte Vater für die Elternzeit.

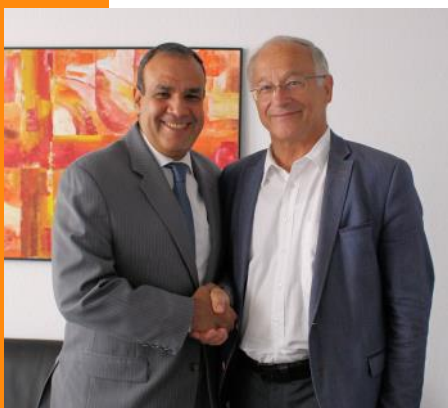
Der Schutz unserer Demokratie und die Unterstützung der Menschen, die sich vor Ort engagieren, sind Daueraufgaben. Daher müssen Maßnahmen wie das Bundesprogramm

„Demokratie leben!“ auf Dauer gesichert werden. Dafür sind jetzt Mittel von über 120 Millionen Euro vorgesehen.

Notwendig ist ein Ausbau der Freiwilligendienste, um dem Engagement in Deutschland einen stabileren Rahmen zu geben. Im Haushaltsentwurf 2019 sind 32,5 Millionen Euro für die Gründung einer Engagement-Stiftung eingeplant. Sie wird Engagement zum Beispiel in ländlichen Regionen unterstützen.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.  
Herzlichst Ihr

### Antrittsbesuch des Ägyptischen Botschafters



links: Ägyptischer Botschafter  
Dr. Badr Abdelatty

Heute besuchte mich der ägyptische Botschafter Dr. Badr Abdelatty in meinem Berliner Büro.

Er verwies auf die vergleichbar schwierigen Rahmenbedingungen wie Einsickern von Terroristen und Waffen, über die tausende kilometerlangen Grenzen insbesondere zu Libyen. Er sprach von den terroristischen Gruppen

im Lande, auf die Folgen von zwei Revolutionen in jüngster Geschichte. Er bat um Dialog darüber, wie man Ägypten bei der Umsetzung der Menschenrechte helfen kann anstatt darüber zu klagen, was noch nicht erreicht worden ist.

Nr. 16/19. WP  
14. September 2018

## Aufklärung von Zwangsadoptionen in der DDR

Gab es in der DDR Fälle, wo regimekritischen Eltern die Kinder weggenommen und für die Adoption durch regimetreue Eltern freigegeben wurden? Wurden sogar Babys für tot erklärt, um sie dann in die Hände von konformen Eltern geben zu können? Für letzteres gibt es bislang keinen Beleg, aber durchaus Indizien. Kindesentzug nach versuchter oder geglückter Republikflucht ist dagegen in einigen Fällen aktenkundig. Über das genaue Ausmaß herrscht dagegen noch völlige Unklarheit, da dieses

dunkle Kapitel der DDR-Geschichte bislang so gut wie keine Beachtung gefunden hat.

Das wird sich nun ändern. Zum einen wird der Ostbeauftragte der Bundesregierung eine Studie in Auftrag geben, die sich diesem Thema widmet. Zum anderen werden wir im Deutschen Bundestag die erforderlichen Schritte in die Wege leiten, um die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen dieser Akten zu verlängern.

Im Weiteren soll eine Vermittlungsstelle eingerichtet werden, die den Betroffenen bei

der Suche nach ihrem Kind helfen soll. Außerdem wird eine DNA-Datenbank eingerichtet. Nicht zuletzt müssen wir beim sensiblen Thema Datenschutz eine Regelung finden, die einerseits den suchenden Eltern eine Möglichkeit der Einsicht ermöglicht, andererseits aber auch die Persönlichkeitsrechte wahrt. Hilfreich bei diesem Aufarbeitungsprozess können Erfahrungen sein, die Argentinien bei der Suche nach seinen Verschwundenen während der Militärdiktatur gemacht hat.

## Empfang anlässlich Unabhängigkeitstag der Ukraine

Am Dienstag, den 11. September, folgte ich der Einladung des Botschafters der Ukraine Dr. Andrij Melnyk und nahm am Staatsempfang anlässlich des 27. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine und des 100-jährigen Jubiläums der ukrainisch-deutschen diplomatischen Beziehungen teil. Besonders erfreulich war das freundschaftliche Wiedersehen mit dem Botschafter Andrij Melnyk und seiner Gattin Svitlana Melnyk. Ich

nutzte die Gelegenheit und tauschte mich mit zahlreich erschienenen Experten und Ukraine-Kennern über die aktuelle politische Lage in der Ukraine aus.

Nicht nur angesichts der Krim-Annexion 2014 und der darauf folgenden militärischen Auseinandersetzung in der Ostukraine befindet sich die Ukraine in einer schwierigen Lage. Das Land ist politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich fragil. Von den vor vier Jahren angekündigten Reformen profitiert die ukrainische Bevölkerung kaum: die Preise für Gas und Strom steigen von Jahr zu Jahr, was verständlicherweise die Unzufriedenheit im Land zusätzlich hochtreibt. Die bisherigen positiven Entwicklungen in der Ukraine - Polizeireform, Visaliberalisierung etc. - werden mit unzureichendem Kampf gegen Korruption überschattet. Dabei bleibt die Korruptionsbekämpfung ein Schlüsselthema für die ukrainische Bevölkerung, das zusammen mit der Konfliktbewältigung in Donbas und sozioökonomischen Prob-

lemen (Inflation, Arbeitslosigkeit etc.) die im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stark beeinflussen werden.

Die parteipolitische Landschaft in der Ukraine bleibt instabil. Politische Kräfte bereiten sich bereits auf den harten Wahlkampf vor, schmieden taktische Allianzen hinter den Kulissen und handeln Tauschgeschäfte aus. In dieser Phase der politischen Intrigen dürfen aber politische Inhalte nicht in den Hintergrund geraten. Denn darauf kommt es an!

Politische Parteien sowie Präsidentschaftskandidaten müssen ein gutes Programmangebot gefüllt mit Inhalten der Bevölkerung vorstellen, gleichzeitig aber mit weitgehenden Versprechungen aufpassen. Denn die Nicht-Einhaltung von Versprechungen kann schwerwiegende Folgen haben und ohnehin instabile politische Situation im Land noch weiter verschärfen.



von links: Botschafter Andrij Melnyk und Ehefrau Svitlana Melnyk

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Migration: Integrieren oder Abschieben?

Erschütternde Nachrichten aus Chemnitz, Köthen und Frankfurt (Oder) bestimmen seit zwei Wochen die Schlagzeilen. Auf Hochtouren werden Meldungen über jede einzelne Straftat, verübt durch Flüchtlinge, von rechtsextremen Gruppierungen durch soziale Netzwerke verbreitet und instrumentalisiert mit dem Ziel, die Stimmung gegen Flüchtlinge aufzuheizen. Natürlich darf man die Straftaten nicht verharmlosen. Jede einzelne Straftat ist eine zu viel und muss geklärt und bestraft werden. Und dafür haben wir ein funktionierendes Justizsystem. Was man aber in dieser Debatte nicht vergessen darf, dass der Anteil von Straftaten durch Flüchtlinge an der Gesamtkriminalität vergleichsweise gering ist. Der polizeilichen Kriminalstatistik Brandenburg zufolge wurden 2017 etwa 4% aller Straftaten durch Flüchtlinge getätigt. Trotzdem müssen wir uns damit beschäftigen, wie man mit kriminellen Geflüchteten umgeht. Heutzutage haben wir eine Entwicklung, die für mich schon vor vier Jahren vorauszusehen war. Die große Zahl von jungen Menschen aus anderen Kulturen nach Fluchterlebnissen und schlimmen Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern le-

ben hier in großen Gruppen relativ isoliert. Deswegen habe ich mich bereits vor vier Jahren mit einem bundesweiten Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger gewandt, Geflüchtete privat unterzubringen, damit die Konzentration von Flüchtlingen auch insbesondere von jungen Männern nicht an einem Ort zu groß wird. Denn ohne Tagesstruktur, ohne Beschäftigung kann die Integration nicht gelingen. Und das immer vor dem Schaufenster seit Jahrzehnten gut funktionierender und gut ausgestatteter Gesellschaft. Das lässt Aggressionen wachsen. Das beste Mittel dagegen wären direkte Begegnungen mit Geflüchteten in einer natürlichen Weise, mit einem gegenseitigen Zuhören, wo wir Geflüchteten unsere Wertevorstellung, unsere Kultur nahebringen können und gleichzeitig auch von diesen Menschen etwas Neues lernen. Und natürlich muss das Erlernen der deutschen Sprache im Mittelpunkt stehen. Angesichts einer Zahl von 500.000 Geflüchtete, die derzeit ohne Beschäftigung sind, kämpfe ich seit zwei Jahren dafür, Flüchtlinge verpflichtend in Arbeit zu bringen. Denn Müßiggang ist aller Laster Anfang. Wir können vieles verhindern, wenn wir die Ursachen, die zu einer Eskalation führen, frühzeitig erkennen und darauf als Gesetzgeber reagieren. Das haben wir z.B. nach

den Ereignissen in Köln zügig gemacht. Mit Inkrafttreten des Asylpakets II wurde die Rechtsgrundlage zur Einführung beschleunigter Asylverfahren geschaffen, die es ermöglicht, Flüchtlinge, die gegen öffentliche Sicherheit und öffentliche Ordnung verstoßen, auszuweisen. Wir wollen den aus Kriegsgebieten fliehenden Menschen weiterhin Schutz geben. Gleichzeitig wollen wir unser Grundgesetz einhalten und gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Menschen nicht den Eindruck haben, Tür und Tor für Willkür und Kriminalität und abweichendes Verhalten sind hier geöffnet. Wenn wir den Unmut gerade in den neuen Bundesländern gegenüber Flüchtlingen nicht weiter verschärfen und so der AfD in die Hände spielen, müssen wir rasch handeln. Es geht einerseits um den Abbau von Ängsten und Vorurteilen in der Bevölkerung und andererseits um eine sinnvolle Strukturierung des Alltages der bei uns lebenden Flüchtlinge. Zwingende Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge würden nicht nur deren Akzeptanz in unserer Gesellschaft erhöhen, sondern auch die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft durch ein allmähliches Heranführen an das Arbeitsleben voranbringen.